

Entscheide des Bundesgerichts, I. sowie II. sozialrechtliche Abteilung

Urteile veröffentlicht im August 2018

IV

Urteil vom 27. Juni 2018

1C_461/2017

Empfehlung der Informations- und Datenschutzbeauftragten; Einsicht in medizinische Gutachten

Art. 16 Abs. 3 BV

Gewährleistung der Meinungs- und Informationsfreiheit gemäss Art. 16 BV (E. 4.2). Die IV-Stellen sind nicht dem eidgenössischen Öffentlichkeitsgesetz unterstellt, weshalb insoweit das entsprechende kantonale Recht anwendbar ist (E. 5.4). Ob es für eine sachverständige Person eine Tendenz gibt, Arbeitsunfähigkeit eher zurückhaltend oder grosszügig anzuerkennen, ist für die davon betroffenen Personen von Belang (E. 7.6). Im konkreten Fall besteht Anspruch auf Zugang zu den massgebenden medizinischen Expertisen. Dieser ist nicht integral zu geben, sondern es dürfte ausreichen, diejenigen Passagen zugänglich zu machen, aus denen die bejahte oder verneinte Arbeitsunfähigkeit ersichtlich wird (E. 8.6). Allenfalls liegt es bezogen auf den Zugang an der betroffenen Behörde, die mit dem geringsten Aufwand verbundene Gesamtlösung zu suchen. Unter Umständen kann es sich rechtfertigen, künftig eine entsprechende Statistik zu führen, selbst wenn es auf die Erstellung einer solchen grundsätzlich keinen individuellen Anspruch gibt (E. 8.7).

Urteil vom 17. Juli 2018

8C_741/2017

Behinderungsbedingte Überwachung; besondere Intensität

Art. 42^{ter} Abs. 3 IVG, Art. 39 Abs. 3 IVV

Anspruch auf pauschalen Intensivpflegezuschlag im Sinne von Art. 39 Abs. 3 IVV; Kriterium der dauernden persönlichen Überwachungsbedürftigkeit (E. 3.3). Abklärung an Ort und Stelle gemäss Art. 69 Abs. 2 IVV; Beweiswürdigung entsprechender Abklärungsberichte (E. 5.1).

Urteil vom 19. Juli 2018

9C_114/2018

Hörgeräteversorgung; Vorliegen eines Härtefalls

Art. 21 IVG, Art. 2 HVI, Ziffer 5.07 HVI-Anhang

Voraussetzung für die Kostenübernahme bei einem geltend gemachten Härtefall ist, dass die prüfende ORL-Klinik eine Härtefallregelung befürwortet (dazu E. 4.1), was im Dienste rechtsgleicher Gesetzesanwendung steht (E. 4.2.1). Massgebend für den Anspruch auf eine Hörgeräteabgabe nach der Härtefallregelung ist also die Beurteilung der prüfenden ORL-Klinik (E. 4.3).

Urteil vom 26. Juli 2018

8C_353/2018

Rückforderung von Leistungen; Erlass; Voraussetzung des guten Glaubens

Art. 25 Abs. 1 Satz 2 ATSG

Wenn die IV-Stelle auf Grund einer Verwechslung der Versichertennummer ein zu hohes massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen für die Berechnung der Renten verwendet hat, ist – unter den konkreten Umständen – die versicherte Person bezogen auf die unzutreffend berechnete Leistung gutgläubig; sie hat auch unter Aufwendung der zumutbaren Aufmerksamkeit den Fehler nicht erkennen müssen (E. 4.3).

Urteil vom 7. August 2018

8C_200/2018

Beweiswürdigung; psychiatrische Gutachten

Art. 44 ATSG

Es gibt keinen Anspruch der versicherten Person, abschliessend nach einem Parteigutachten beurteilt zu werden, genau so wenig wie die rechtsanwendenden Behörden ein solches allein mit Blick auf diese Eigenschaft unbeachtet lassen dürfen (E. 6.2). Bei der psychiatrischen Exploration ist dem begutachtenden Psychiater praktisch immer ein gewisser Spielraum eingeräumt (E. 6.3).

Urteil vom 8. August 2018

8C_145/2018

Gemischte Methode der Invaliditätsbemessung; Anwendungsbereich

Art. 27^{bis} Abs. 3 lit. a IVV

Vereinbarkeit der gemischten Methode bei Teilzeiterwerbstätigen mit der EMRK (E. 6.1). Bedeutung und Massgeblichkeit von Art. 27^{bis} Abs. 3 lit. a IVV (E. 6.2).

Urteil vom 13. August 2018

8C_90/2018

Unrechtmässiger Leistungsbezug; Rückforderung; Beginn der Rückforderungsfrist

Art. 25 Abs. 2 ATSG

Wenn der Versicherungsträger zum Zeitpunkt der erstmaligen Leistungszusprache genügende Hinweise auf die Unrechtmässigkeit des Leistungsbezugs gehabt hätte, beginnt die einjährige Verwirkungsfrist zur Rückforderung trotzdem erst ab dem Zeitpunkt, in welchem der Versicherungsträger bei einer Kontrolle zumutbarerweise den Fehler hätte entdecken können (E. 4.5).

BV

Urteil vom 18. Juli 2018

9C_849/2017

Anpassung der laufenden Invalidenrente

Art. 23 BVG

Vorsorgeeinrichtungen können Rentenanpassungen seitens der IV nachvollziehen, aber auch auf Grund eigener Abklärungen gleichsam „autonom“ Rentenanpassungen vornehmen. Letzteres setzt grundsätzlich einen Rückkommenstitel im invalidenrechtlichen Sinn voraus (E. 1).

Urteil vom 20. Juli 2018

9C_196/2018

Begünstigungserklärung; Hinterlassenenleistung; Lebensgemeinschaft

Art. 20a Abs. 1 BVG

Gestaltungsmöglichkeiten der Vorsorgeeinrichtung gemäss Art. 20a Abs. 1 BVG; die Vorsorgeeinrichtungen sind frei zu bestimmen, ob sie überhaupt und für welche der in Frage kommenden Personen sie Hinterlassenenleistungen vorsehen wollen (E. 1.1). Die Voraussetzung einer schriftlichen Begünstigungserklärung bildet nicht bloss Beweisvorschrift mit Ordnungscharakter, sondern mit Art. 20a BVG vereinbare formelle Anspruchserfordernis (E. 2.2.)

Urteil vom 23. Juli 2018

9C_161/2018

Teuerungsfonds; Auflösung; Überschuss

Art. 91 BVG

Mit einer rechtmässigen Auflösung des Teuerungsfonds geht die Loslösung von der diesbezüglichen Zweckbindung einher (E. 4.2.2). Art. 91 BVG ist von intertemporalrechtlicher Bedeutung. Abgesehen davon sind lediglich der Rentenanspruch als solcher und der bisher erworbene Bestand der Austrittsleistung wohl erworbene Rechte (E. 3.4.1).

Urteil vom 23. Juli 2018

9C_840/2017

Invalidenleistung; Rückforderung; Verrechnung

Art. 35a BVG

Rückerstattungspflicht gemäss Art. 35a BVG; für die entsprechende Rückerstattungspflicht spielt es grundsätzlich keine Rolle, aus welchem Grund es zur Unrechtmässigkeit der Auszahlung gekommen ist; Rechtzeitigkeit der Geltendmachung des Rückforderungsanspruchs (E. 5.1). Art. 120 Abs. 3 OR ist im Bereich der beruflichen Vorsorge sinngemäss anwendbar und lässt die Verrechnung einer verjährten Rückforderung zu, wenn sie zur Zeit, als sie mit der anderen Forderung verrechnet werden konnte, noch nicht verjährt war (E. 5.4.1)

Urteil vom 23. Juli 2018

9C_657/2017

Teilliquidation; technische Reserven; Veränderung der Aktiven und Passiven beim Teilliquidationsvorgang

Art. 53d BVG

Technische Rückstellungen werden ergänzend zu den individuellen Deckungskapitalien kollektiv und pauschal als Sicherheitsmassnahmen für gesetzliche oder reglementarische Leistungsversprechen gebildet, die durch die Beiträge nicht genügend gedeckt sind oder Risikoschwankungen unterliegen (E. 2.2.2). Anders als das Teilliquidationsreglement bedarf das Rückstellungsreglement keiner formellen Genehmigungsverfügung durch die Aufsichtsbehörde (E. 3.3). Im Rahmen einer Teilliquidation sind durchaus Situationen denkbar, in denen die zu bildenden Rückstellungen keine Grundlage im Rückstellungsreglement finden; dabei ist jeweils die sachliche Begründetheit entscheidend (E. 3.5).

Urteil vom 25. Juli 2018

9C_299/2018

Ehescheidung; Aufteilung der Austrittsleistungen; Übergangsrecht

Art. 7d Abs. 2 des Schlusstitels des ZGB

Der Wortlaut von Art. 7d Abs. 2 des Schlusstitels des ZGB ist klar und bedarf keiner besonderen Auslegung. Es ist dementsprechend vorzugehen (E. 4.2.1).

KV

Urteil vom 20. Juli 2018

9C_446/2017

Kantonale Restfinanzierung der Pflegekosten

Art. 25a Abs. 5 KVG

Den Kantonen kommt in der konkreten Ausgestaltung der Restfinanzierung nach Art. 25a Abs. 5 KVG ein weiter Ermessensspielraum zu (E. 7.2). Den Kantonen ist zwar gestattet, der ihnen auferlegten Restfinanzierungspflicht der Pflegekosten mit der Normierung betraglicher Höchstansätze nachzukommen. Sind diese im Einzelfall jedoch nicht kostendeckend, erweisen sie sich als mit der Regelung von Art. 25a Abs. 5 Satz 2 KVG nicht vereinbar (E. 7.4.3). Die Ermittlung der Pflegekosten im konkreten Fall muss vom Pflegeheim gestützt auf die massgebenden rechtlichen Vorgaben erfolgen (E. 7.4.4.2).

UV

Urteil vom 5. Juli 2018

8C_121/2017

Rückerstattung von Leistungen; Invaliditätsgrad; Anpassung beziehungsweise Wiedererwägung; unselbständige sowie selbständige Erwerbstätigkeit

Art. 16, Art. 17 ATSG; Art. 28 Abs. 2 UVV

Mit der in Art. 28 Abs. 2 Satz 2 UVV getroffenen Regelung soll verhindert werden, dass die Unfallversicherer für Tätigkeiten Leistungen zu erbringen haben, für welche keine Prämien entrichtet wurden (E. 3.4); dies schliesst die Berücksichtigung des Einkommens aus selbständiger Erwerbstätigkeit beim Invalideneinkommen gerade nicht aus (E. 7.7). Abgrenzung von Anpassung und Wiedererwägung (E. 8).

Urteil vom 17. Juli 2018

8C_210/2018

Fallabschluss; Zulässigkeit von separaten Fallabschlüssen; Kausalität

Art. 4 ATSG, Art. 19 Abs. 1 UVG

Grundsätze zum Fallabschluss in der Unfallversicherung (E. 3.2.3.1). Ein separater Fallabschluss einerseits für psychische und andererseits für somatische Beschwerden fällt nicht in Betracht (E. 3.2.3.1). Teil des Verfahrensgegenstands bilden auch jene Rechtsverhältnisse, hinsichtlich deren es die Verwaltung zu Unrecht unterlassen hat, zu befinden (E. 3.2.3.2).

ALV

Urteil vom 7. August 2018

8C_107/2018

Selbstverschuldete Arbeitslosigkeit; Frage nach Mobbing

Art. 30 AVIG, Art. 44 f. AVIV

Frage nach der Unzumutbarkeit einer Fortsetzung des bisherigen Arbeitsverhältnisses (E. 3).
Umschreibung des Mobbings (E. 5).

Urteil vom 10. August 2018

8C_438/2018

Festsetzung der massgebenden Rahmenfrist; Recht auf Beratung

Art. 27 ATSG

Aufklärungs- und Beratungspflicht gemäss Art. 27 ATSG (E. 3.2). Es gehört zum Kern der Beratungspflicht des Versicherungsträgers, die versicherte Person darauf aufmerksam zu machen, ihr Verhalten könne eine der Voraussetzungen des Leistungsanspruchs gefährden (E. 3.3).